

Mitglieder des Kreistags
des Landkreises Esslingen

24. November 2025

Kurzprotokoll über die Sitzung des Kultur- und Schulausschusses
vom 20.11.2025

- Öffentlich -

1. Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung

Der Kultur- und Schulausschuss hat in seiner nichtöffentlichen Sitzung vom 5. Juni 2025 dem Besetzungsvorschlag des Regierungspräsidiums Stuttgart zugestimmt, Herrn Studiendirektor Dimitrios Matziris zum Schulleiter an der Friedrich-Ebert-Schule Esslingen zu bestellen.

Der Beschluss ist damit öffentlich.

2. Freilichtmuseum Beuren - Saison 2025

Der Ausschuss nimmt den Saisonbericht des Freilichtmuseums Beuren zur Kenntnis.

3. Entwicklung der Sachkostenbeiträge der Schulen in der Trägerschaft des Landkreises Esslingen

Der Ausschuss nimmt die Entwicklung der Sachkostenbeiträge der Schulen in der Trägerschaft des Landkreises Esslingen zur Kenntnis.

4. Bericht Übergang von der Schule in den Beruf an den SBBZ

Der Ausschuss nimmt den Bericht zum Übergang von der Schule in den Beruf an den SBBZ zur Kenntnis.

5. Dritte Fortschreibung des Medienentwicklungsplans für die beruflichen Schulen und die Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren des Landkreises Esslingen (2026-2030)

Der Ausschuss fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

- 5.1 Der dritten Fortschreibung des Medienentwicklungsplans für die beruflichen Schulen sowie die Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren des Landkreises Esslingen 2026-2030 wird zugestimmt.
- 5.2 Der Vorschlag zur Finanzierung der Kosten der digitalen Ausstattung in den Jahren 2026 bis 2030 wird wie in der Gesamtkostenübersicht (Anlage 2 der Vorlage 120/2025) dargestellt zur Kenntnis genommen.

6. Sommerlicher Hitzeschutz an den Kreisschulen

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zum sommerlichen Hitzeschutz an den Kreisschulen zur Kenntnis.

7. Haushaltsdebatte 2026

- Anträge der Fraktionen und Stellungnahmen der Verwaltung

7.1 Antrag der Fraktion Freie Wähler

7.1.1 Sozialhaushalt: Entwicklung Kosten am Beispiel Schulbegleitung

Wir beantragen, dass die Kreisverwaltung zeitnah über die Gründe für die exorbitanten Ausgabensteigerungen bei der Schulbegleitung berichtet, Kriterien der Einzelfallprüfungen (Ausübung Ermessen) und eine Lösungsstrategie zur zukünftigen Entwicklung aufzeigt.

Begründung:

Die Ausgaben für die soziale Sicherung erreicht Dimensionen, welche die Kommunen schon in guten Zeiten kaum finanzieren konnten. Die aktuelle Finanzlage überfordert den Landkreis Esslingen sowie seine Städte und Gemeinden. In der Haushaltsklausur des Sozialausschusses am 27. September wurden die engen gesetzlichen Vorgaben aus Bund und Land deutlich aufgezeigt. Die geringen Handlungsspielräume der Kreisverwaltung und des Kreistages müssen ausgelotet werden. Zum Beispiel sind bei der Jugendhilfe die Fallzahlen von 2016 bis 2024 um fast 340 % gestiegen, insbesondere bei der Schulbegleitung. Allein an den SBBZ sind rund 90 Schulbegleitungen beschäftigt, teilweise als Kompensation zu fehlenden, vom Land zu bezahlenden Lehrkräften. Im Haushaltsentwurf sind Kosten in Höhe von 25,5 Mio. € eingeplant. In der Gemeinsamen Finanzkommission haben die Landesregierung und die Kommunalen Spitzenverbänden eine Einmalzahlung von landesweit lediglich 47 Mio. € vereinbart. Dies lässt befürchten, dass die Kommunen auf einem erheblichen Teil der Ausgaben sitzen bleiben. Wir stehen uneingeschränkt hinter dem Fürsorgegedanken für bedürftige Kinder und Jugendliche. Dennoch ist diese Entwicklung der Zahlen und damit der Kosten nicht einfach hinnehmbar.

Dieser Antrag wird durch die Erläuterungen der Verwaltung und der Schulleitungen in der Sitzung und in der Vorlage 114/2025 als erledigt betrachtet.

7.2 Antrag der CDU-Fraktion

Die CDU-Fraktion bitte um Auskunft:

1. Welche Sanierungsmaßnahmen sind an den einzelnen Schulen notwendig und dringend? Wie sieht der Zeitplan dafür aus?
2. Welche Pausenbereiche (außen und innen) stehen den Schulen jeweils zur Verfügung?
3. In welchem Ausmaß muss die Kreisverwaltung schulfremden Vandalismus oder anderweitige Bedrohungen an den Schulen feststellen?
Welche Maßnahmen wurden diesbezüglich bereits ergriffen?

4. Sind die Wasserschäden und die Trinkwasserfrage an der JFK-Schule inzwischen gelöst? Wie sieht die aktuelle Situation in der Sporthalle der JFK-Schule aus? Hat es diesbezüglich Gespräche zwischen der Stadt Esslingen und der Kreisverwaltung gegeben und mit welchem Ergebnis?
5. In welchem Zustand sind die Toiletten an allen Schulen. Wo sind dringende Sanierungen notwendig?
6. Wie sieht es mit dem Mensa Betrieb bzw. die Mittagsversorgung an allen Schulen aus? Sind hier Investitionen notwendig, wenn ja - wo und welcher Art?
7. Welche Planungsperspektiven hat die Verwaltung bezüglich der digitalen Ausstattungen aller Schulen. Wird die zwangsläufig immer wiederkehrende Aktualisierung berücksichtigt, wenn ja für welche Zeiträume?
8. Wie ist der aktuelle Stand der Brandschutzsanierungen an den einzelnen Schulen?
9. Welche Neuigkeiten bzgl. des Neubaus des SBBZ auf dem Säer sind zu verzeichnen?
10. Welche Entwicklungen sind bei der Lehrerversorgung mit Hinblick auf die sich verändernden Schülerzahlen im nächsten Schuljahr zu erwarten?
11. Gibt es wesentliche Veränderungen bei der Betreuung und Aufnahme von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in den Kreisschulen?

Dieser Antrag wird durch die Erläuterungen in der Vorlage 114/2025 als erledigt betrachtet.

7.3 Antrag der Fraktion Die Grünen

Austauschprogramm mit Israel (Givatayim und Rama)

Situation: Die seit 1983 bestehende Partnerschaft des Kreises Esslingen mit Givatayim in Israel wird seit 1992 durch jährlich stattfindende Schüleraustausche untermauert. Der erste Austausch nach der Coronapause ging Anfang Oktober 2023 wegen des Überfalls der Hamas jäh zu Ende. Schülerinnen und Schüler der Jakob-Friedrich-Schöllkopf-Schule, die gerade in Givatayim zu Gast waren, mussten eine abenteuerliche Rückreise antreten. Leider ist es bei der momentanen Situation in Israel nicht vorstellbar, junge Leute nach Israel reisen zu lassen. Leider ist es aber wegen der zunehmenden antisemitischen Übergriffe in Deutschland auch für die meisten Israelis nicht vorstellbar, dass ihre Kinder nach Deutschland kommen. Nach Ansicht der Fraktion von Bündnis 90/Die GRÜNEN sollte eine Partnerschaft, ganz besonders auch in schwierigen Zeiten, dabei helfen, die Situation im jeweiligen Partnerland einzuordnen, freundschaftliche Beziehungen zu pflegen und das Menschliche hinter dem Politischen nicht zu vergessen.

Unsere Fraktion hat über das Thema beraten und regt im Folgenden an, wie sich die Partnerschaften am Leben erhalten lassen.

- Ist-Situation erfassen: Die Schulleitungen der Schulen mit Partnerschulen in Israel berichten im Ausschuss, ob derzeit und in welcher Form, Kontakte mit Schülerinnen und Schülern und den Lehrkräften der Schulen bestehen.
- Anregung (falls noch nicht geschehen): Im Zeitalter des virtuellen Austauschs gibt es zumindest eine ungefährliche Möglichkeit des Kontakts zwischen den Schulen. Hier kann etwa ein gemeinsames Thema digital bearbeitet werden. Wichtig ist hier, dass die Partnerschulen die Themen vorab besprechen und

eher keine aktuell-politischen Inhalte zur Sprache kommen, die falsch verstanden werden können.

- Es wird ein Symposium für Lehrkräfte veranstaltet, das sich damit beschäftigt, wie die Situation der Partner im Unterricht vermittelt werden kann. Diese Veranstaltung sollte aus Sicherheitsgründen im Landkreis Esslingen stattfinden.

Wir erhoffen uns, dass die schulischen Partnerschaften auf diese Weise diese sehr schwierige Phase überstehen und Verständigung und Verständnis für die jeweils andere Seite weiterhin möglich bleibt.

Dieser Antrag wird durch die Erläuterungen der Verwaltung und Herrn Kaiser, Schulleiter der Jakob-Friedrich-Schöllkopf Schule, in der Sitzung und in der Vorlage 114/2025 als erledigt betrachtet.

7.4 Antrag der SPD-Fraktion

Zahl an Schul- und Ausbildungsabbecher:innen reduzieren!

Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt:

Die Kreisverwaltung berichtet zu folgenden aktuellen Entwicklungen:

Wie entwickelte sich die Situation bei Schul- und Ausbildungsabbrechern, nachdem im Jahr 2024 negative Entwicklungen festgestellt werden mussten?

Bericht der Schulen und der Beschäftigten in der Schulsozialarbeit: Welche Probleme gefährdeten insbesondere den Schul- und Ausbildungserfolg?

Welche Maßnahmen wurden getroffen, um den Schul- und Ausbildungserfolg der gefährdeten jungen Menschen zu unterstützen?

Welchen Erfolg hatten diese Maßnahmen?

Begründung:

Angesichts des demografischen Wandels und des sich weiter zuspitzenden Fachkräftemangels können wir es uns als Gesellschaft nicht leisten, so viele junge Menschen, die eine Ausbildung machen könnten, zu verlieren. Handel und Gewerbe, Gastronomie und Dienstleistung - die Betriebe im Landkreis sind auf motivierte und gut ausgebildete Mitarbeiter:innen angewiesen. Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2024 stellte die SPD-Kreistagsfraktion bereits einen Antrag, sich dezidiert mit den Übergängen und den Abbruchzahlen zu beschäftigen.

Dieser Antrag wird durch die Zusage, in der ersten Jahreshälfte 2026 über die Erfahrungen mit der Einführung des AVduals im Kultur- und Schulausschuss zu berichten und die aufgeworfenen Fragen in diesem Rahmen zu beantworten als erledigt betrachtet.

7.5 Anträge der AfD-Fraktion

7.5.1 Verbesserung des Qualitätsniveau an den Berufsschulen

Das Bildungsniveau an den allgemeinbildenden Schulen Baden-Württembergs hat sich nach einer Untersuchung des renommierten Instituts für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) in den letzten fünf Jahren weiter verschlechtert. Die Kinder können im Schnitt deutlich weniger als bei den Analysen der

Jahre 2021, 2016 und 2011. Die Wochenzeitung „Die Zeit“ titulierte am 16.10.2025 „Gesamtnote mangelhaft“. Im Vergleich zum schon schlechten Ergebnis hinken die Schüler lt. IQB-Leiterin Petra Stanat in Mathematik um ein halbes Schuljahr, in Biologie, Chemie und Physik um zwei Drittel bis ein Schuljahr im Vergleich zu 2018 hinterher. Zu den Ursachen zählen lt. Frau Stanat Nachwirkungen von Corona, steigende Zahl von Schülern ohne ausreichende Deutschkenntnisse und sinkendes Interesse an MINT-Fächern.

Klagen aus Industrie und Handwerk über das schlechte Bildungsniveau von Lehrlingen lassen erwarten, dass sich die dargelegten Mängel im weiteren Schulablauf nicht wesentlich verbessern. Am 9.12.2010 hat die Enquetekommission des Landtags von Baden-Württemberg „Berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ seinen Abschlussbericht mit 50 konkreten Handlungsempfehlungen vorgelegt.

Was wurde davon an unseren Berufsschulen konkret umgesetzt?

Für die Antragsteller stellen sich noch weitere Fragen:

- Gibt es Untersuchungen über das Qualitätsniveau an unseren Berufsschulen und von wann sind diese?
- Was wird konkret unternommen um die dargelegten, grundlegenden Wissensmängel zu verringern?
- Gibt es zusätzlichen Deutschunterricht und wie sind die Ergebnisse?
- Wie hoch sind die Abbrecherquoten und was wird dagegen unternommen?

Dieser Antrag wird durch die Zusage in der ersten Jahreshälfte 2026 einen Vertreter des Regierungspräsidiums einzuladen und zum AVdual zu berichten als erledigt betrachtet.

7.5.2 „Schulschwänzen“ an den beruflichen Schulen im Landkreis Esslingen

„Die Verwaltung berichtet über das Phänomen Schulschwänzen an den beruflichen Schulen im Landkreis Esslingen.“

Der geschäftsführende Schulleiter der Berufsschulen im Kreis Martin Zurowski hat in einem Pressegespräch „Schulschwänzen“ als Massenphänomen dargestellt, in dem er sich wie folgt geäußert hat: „Unser Alltag wird inzwischen beherrscht von diesem Thema.“

Die Antragsteller möchten erstens wissen, auf welcher Datengrundlage diese Aussage gemacht wurde und ob es sich um eine Aussage handelt, die für alle beruflichen Schulen im Landkreis gilt.

Nach einer Umfrage des Berufsschullehrerverbands unter 230 beruflichen Schulen im März 2025, aus dem der „Teckbote“ zitiert, fehle mindestens ein Drittel der Schülerinnen und Schüler der befragten Schüler häufig. An etwa 40 Prozent der Schulen komme sogar nur die Hälfte regelmäßig zum Unterricht. Dies würde der Aussage von Herrn Zurowski noch besondere Brisanz verschaffen.

Zweitens stellt sich die Frage nach den Ursachen für diese Schulumüdigkeit. Welche Rolle haben die Schulschließungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie gespielt, vor denen die Kritiker damals gemahnt hatten? Welche anderen Gründe sieht die Verwaltung?

Drittens ist zu klären, ob unter solchen Voraussetzungen des bisherige Erfolgsmodell der dualen Ausbildung für unsere Wirtschaft noch aufrechterhalten werden kann.

Und viertens stellt sich die Frage, ob der Landkreis Esslingen nicht harte Vorgaben und Regeln vorgeben muss, die zu erheblichen Verhaltensänderungen bei allen Beteiligten führen. Nur unter dieser Bedingung sind die erheblichen finanziellen und personellen Mittel in diesem Bereich vertretbar.

Dieser Antrag wird durch die Erläuterungen des Geschäftsführenden Schulleiters Martin Zurowski in der Sitzung und in der Vorlage 114/2025 und der Zusage in der ersten Jahreshälfte 2026 über die Erfahrungen des AVduals zu berichten als erledigt betrachtet.

7.5.3 Kosten für Schulbegleitung begrenzen

„Die Verwaltung wird gebeten, auch weiter auf einen stärkeren Ausgleich der Kosten für Schulbegleitung durch das Land zu drängen, aber auch selbst Vorschläge zur Kostenbegrenzung zu unterbreiten.“

Begründung:

Die Verwaltung hat im Haushaltsplan 2026 ausführlich Stellung genommen und dargelegt, dass der Deckungsgrad (Ausgleichsbetrag im Verhältnis zu den Gesamtaufwendungen der schulischen Inklusion) im Jahr 2026 bei etwa 4,2 % liegt und dass das Land seiner gesetzlichen Aufgabe der schulischen Inklusion nicht nachkomme. Das sehen die Antragsteller auch so.

Es ergeben sich aber noch folgende Fragen:

1. Warum haben sich die Fallzahlen der Anspruchsberechtigten seit 2020 in etwa verdoppelt?
Wer entscheidet über eine Anspruchsberechtigung?
2. Warum gibt es bei den Fallzahlen in etwa eine Verdoppelung, beim Aufwand aber fast eine Verdreifachung?
Wie haben sich die Kosten pro Betreuer entwickelt und warum?
3. Wie haben sich die sog. „Pool-Lösungen“ ausgewirkt, d.h. die Betreuung mehrerer Kinder durch eine Betreuung? Ist dies in der Praxis realisierbar?

Dieser Antrag wird durch die Erläuterungen der Verwaltung und der Schulleitungen in der Sitzung und in der Vorlage 114/2025 als erledigt betrachtet.

gez.
Marcel Musolf
Landrat